

München, den 14. Dezember 2007

Diese Pressemitteilung besteht aus 2 Seiten

Aufschwung geht an Krankenhäusern vorbei

Bayerische Krankenhausgesellschaft fordert faire Rahmenbedingungen für die stationäre Versorgung

„Wir dürfen unsere Krankenhäuser nicht länger als Kostenfaktor verstehen, sondern müssen den Wert unseres hohen Versorgungsniveaus als Wirtschafts- und Jobmotor begreifen“ forderte der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Forchheims Oberbürgermeister Franz Stumpf, in seiner Rede bei der Mitgliederversammlung am Freitag in München.

Gesundheit steht bei allen Bundesbürgern nicht nur in den vielen Umfragen an erster Stelle. Gleichzeitig schätzen Patienten wie Fachleute im Gesundheitswesen gleichermaßen das hohe Qualitätsniveau in der stationären Versorgung in Deutschland.

Werden die herausragende Effizienz der deutschen Kliniken wie jüngst von der OECD einerseits gerühmt, so nehmen parallel die enormen Belastungen der Krankenhausmitarbeiter ständig zu. Auch klagen inzwischen Patienten über zu wenig Zeit, die Ärzte und Pfleger für sie aufbringen könnten.

„Die Kliniken dürfen vom wirtschaftlichen Aufschwung nicht abgekoppelt werden.“ so Stumpf, der vor den Repräsentanten der bayerischen Politik und des Gesundheitswesens im Freistaat die seit Jahren andauernde Gesetzgebungsmaschinerie zur Kostendämpfung und Budgetdeckelung der Kliniken anprangerte.

Während nämlich das Bruttoinlandsprodukt und die Verbraucherpreise seit 2004 um fast 8 % angestiegen sind, stehen für die Kliniken dafür nur 1,6 % Budgetsteigerung zur Verfügung.

So sind für 2007 Steuernehreinnahmen von etwa 20 Milliarden Euro und Überschüsse der gesetzlichen Krankenkassen von etwa 2 Milliarden Euro zu erwarten. Für die Kliniken bleibt hingegen kein Geld zur Finanzierung von Lohnerhöhungen und den zahlreichen Preissteigerungen.

Allein im ablaufenden Jahr 2007 bleiben die bayerischen Krankenhäuser auf etwa einer halben Milliarde Euro nicht finanzierter Sach- und Personalkosten sitzen.

Besonders ärgerlich machen den BKG-Vorsitzenden die Hinweise vom Bundesgesundheitsministerium, wonach es doch noch Kliniken gebe, die auch Gewinne machten. „Als ob es ehrenrührig wäre, wenn Krankenhäuser damit z. B. nicht gedeckte Investitionen finanzieren oder Voraussetzungen für ihre Zukunftsgestaltung schaffen. Schon eher halte ich es für anstößig, wenn in Kauf genommen wird, dass mehr als ein Drittel der Häuser Fehlbeträge ausweist. Dies ist in keinem anderen Bereich der Volkswirtschaft vorstellbar.“

Gleichzeitig betonte Stumpf bei der Mitgliederversammlung in München die Notwendigkeit der Krankenhausplanung als sozialstaatliche Aufgabe ersten Ranges, die aber mit der Pflicht zur ausreichenden Finanzierung der Investitionskosten verbunden sei.

„Krankenhäuser tragen eine besondere gesellschaftliche Verantwortung in sozialer, ethischer und auch wirtschaftlicher Hinsicht. Angesichts dieses besonderen Charakters ist die Krankenhausversorgung ein zentrales Element der staatlichen Verpflichtung zur Daseinsvorsorge.

Krankenhausleistungen sind keine unter Marktverhältnissen handelbaren Güter, und zwar unabhängig davon, ob sie als Notfall erbracht werden oder planbar sind.“

Damit erteilt Stumpf auch der vom Bundesgesundheitsministerium befürworteten sogenannten Einzelvertragslösung durch die Krankenkassen eine klare Absage.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Bayerische Sozialministerin Christa Stewens unterstrich diese Ansicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft bei ihrem Vortrag in München.

„Wir lehnen den auf Bundesebene diskutierten Vorschlag ab, wonach Krankenkassen in Form eines sogenannten Einkaufsmodells planbare Krankenhausleistungen mit von ihnen gewählten Kliniken und zu vom Wettbewerb festgelegten Preisen einkaufen würden. Dieser Vorschlag würde zu einer ernsthaften Gefährdung der flächendeckenden Krankenhausversorgung und insbesondere der Notfallversorgung führen.“

Der BKG-Vorsitzende Franz Stumpf sprach sich im Interesse der Klinikpatienten für den weiteren Wettbewerb um die bestmögliche Qualität in der stationären Versorgung aus und damit gegen den Beginn eines Preisdumpings mit verheerenden Folgen für die Kliniken, der Mitarbeiter und letzten Endes der Patienten.

SPERRFRIST: Freitag, 14.12.2007, 12:30 Uhr

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft ist der Zusammenschluss von über 340 Krankenhäusern in Bayern mit insgesamt knapp 80.000 Betten. Rund 2,5 Millionen Patienten werden jährlich in den bayerischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Die bayerischen Krankenhäuser erbringen hierfür das gesamte Leistungsspektrum der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Bayerns. Über 150.000 Menschen der verschiedensten Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der BKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.

Sie finden diese Pressemitteilung, weitere Presseunterlagen (Pressemappe) auch in digitaler Form sowie Bildmaterial auf der BKG-Homepage „www.bkg-online.de“ in der Rubrik Info- und Service-Seiten/Pressemitteilungen.

- Ende der Pressemitteilung -